

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzg. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögenswert. d. Verb. Hamb. 11598  
45. Jahrgang Hamburg, 18. April 1931 Nummer 16

## Reichstarifamt des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks

Das Reichstarifamt des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks, das unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Dobberstein und den Herren Kruse, Hansen, Dahlinger, Niedmaier als Arbeitgebervertreter und den Herren Bas, Luth, Buch, Berghoff als Arbeitnehmervertreter am 10. und 11. April 1931 in Berlin tagte, hat am 11. April 1931 folgenden Schiedspruch gefällt:

### Schiedspruch.

Die bis zum 30. April 1931 geltenden tariflichen Stundenlöhne werden mit Wirkung vom 1. Mai 1931 ab im Rahmen der für das Baugewerbe (Maurer) vorgenommenen Lohnregelung verändert. Die Neuregelung bleibt in Kraft bis zum 31. März 1932. Zu diesem Termin kann das Lohnabkommen erstmals mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, so läuft es stillschweigend mit derselben Kündigungsfrist weiter.

### Protokollnotiz.

Zu obigem Schiedspruch vereinbarten die Parteien folgende Erläuterungen:

Der Lohnabbau soll im Mittel 10 % betragen und 9 % nach unten und 11 % nach oben nicht überschreiten.

### Vereinbarung.

Zu diesem Schiedspruch haben die Parteien vereinbart, daß er nicht nach § 13 C Ziffer 2 b des Reichstarifgesetzes als endgültig zu gelten hat, sondern daß die Parteien eine Abstimmung über Annahme oder Ablehnung desselben vornehmen werden. Das Ergebnis der Abstimmung ist dem Reichstarifamt bis zum 21. April dieses Jahres zu Händen des oben genannten Vorsitzenden mitzuteilen.

Am 22. April dieses Jahres wird das Reichstarifamt die endgültige Entscheidung treffen und dabei den Lohn für jedes Lohngebiet ziffernmäßig festsetzen.

Berlin, 11. April 1931.

gez. Dr. Dobberstein.

Arbeitsmarktpolitisch auswirkt, um so mehr müssen die Ausgaben steigen, während die Einnahmen zwangsläufig zurückgehen. Das gilt besonders für die Arbeitslosenversicherung, das gilt aber auch für die Invalidenversicherung, wie die neuesten Abrechnungen beweisen. Die Reformbestrebungen der Unternehmer bezüglich der Unfallversicherung dagegen sind einzig und allein von dem Wunsche diktiert, die Aufwendungen für diesen Versicherungszweig einzuschränken. Soweit die Ausbalancierung zwischen Einnahmen und Ausgaben einzelner Versicherungszweige zu einem Problem wird, haben die Gewerkschaften schon immer den Standpunkt vertreten, daß hierbei keineswegs die kaufmännische Art des Rechnens die ausschlaggebende Rolle spielen darf. Für den finanziellen Ausgleich in der Sozialversicherung können und dürfen nur soziale Erwägungen maßgebend sein. Nicht der Reichsfinanzminister darf vorherrschen, sondern das Arbeitsministerium muß in diesen Angelegenheiten stark und führend bleiben. Geschieht dies nicht, dann sind auch von dieser Seite in der nächsten Zeit sozialpolitische Kraftproben zu erwarten, die von grundlegender und weittragender Bedeutung sind und das sozialwirtschaftliche Lebensschicksal der deutschen Arbeiterschaft außerordentlich weitgehend beeinflussen können.

Das gewerkschaftliche Barometer zeigt also wiederum auf Sturm. Was wir in letzter Zeit an Unersättlichkeit erlebt haben, waren Vorpostengefächte. Die entscheidenden Auseinandersetzungen stehen uns noch bevor. Trotz aller Not hat die deutsche Arbeiterschaft noch vieles zu verlieren. Hoffen wir deshalb, daß die bevorstehenden Kämpfe die deutsche Arbeiterschaft gerüstet finden. Oder sollen Mißmut und Schlappe in unsern Reihen den Katastrophenpolitikern freie Bahn schaffen?  
Was meinst du, Kollege?

## Arbeitslosigkeit und Konjunktur im Malergewerbe Ende März 1931

Die saisonbedingte Belegung des beruflichen Arbeitsmarktes läßt immer noch auf sich warten. Wohl ist einige Bewegung in die Massen erwerbsloser Berufsangehöriger gekommen. Von den Betrieben sind die wegen gänzlichen Fehlens von Aufträgen entlassenen Gehilfen aus der früheren Stammbelegschaft wieder eingestellt, ein Teil der Betriebe versucht darüber hinaus, sich aus dem großen Heer der zur Verfügung stehenden Arbeitslosen die leistungsfähigsten Arbeitskräfte zu sichern. Aber der Bemittlung fehlt noch der Schwung, den sie um diese Jahreszeit haben müßte. Immer noch vermisst man im großstädtischen Straßenverkehr die hochbeladenen Malertransporte, die mit ihrer schwankenden Last eine ständige Quelle des Aergers für die vorbeifahrenden Autofahrer und Führer sonstiger schneller Verkehrsmittel bedeuten. In den erwerbslosen Berufskollegen werden diese Transporte — wenn sie nur erst in genügender Anzahl auftauchen — neue Hoffnung, daß nunmehr auch für sie die allzu lange Winterstunde durch Arbeit und Verdienst abgelöst werde.

Allzu hoch dürfen wir unsere Erwartungen wohl nicht steigern. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist die Zahl der Arbeitssuchenden in der zweiten Märzhälfte um rund 224 000, das sind 4,5 %, auf 4 756 000 zurückgegangen. Das ist immerhin ein Anfang und bei ununterbrochener Steigerung der Arbeitslosenziffer über Jahresfrist hinaus von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Im Baugewerbe sind Fach- und Hilfsarbeiter zur Fertigstellung vorjähriger Bauten eingestellt worden. Dagegen besteht keine Aussicht, daß in nächster Zeit größere Bauvorhaben irgendwelcher Art in Angriff genommen werden.

Die Zahl der beruflichen Erwerbslosen ist naturgemäß stärker zurückgegangen. In 161 Filialen, die rechtzeitig über das Ergebnis ihrer Ermittlungen berichtet haben, waren am 28. März von 55 058, davon 160 weiblichen Mitgliedern, 31 897 männliche und 29 weibliche, zusammen 31 926 Mitglieder arbeitslos. Das sind 58 % der Gesamtmitglieder gegen 65,3 % am Ende des Monats Februar, gegen 38,2 % im März des vorigen Jahres und 30,8 % im Jahre 1929. Zieht man die 8038 organisierten Lehrlinge in den berichtenden Filialen ab, so errechnet sich eine Arbeitslosigkeit der Vollmitglieder von 67,9 %, gegen 76,3 % Ende Februar dieses und 45,5 % Ende März des Vorjahres. Günstiger als im Reichsdurchschnitt gestaltete sich die Berufslage in den Landesarbeitsamtsbezirken Niedersachsen mit 52,2 %, in der

## Schwere Kämpfe in Sicht!

### Unternehmerattacke gegen Manteltarif und Sozialpolitik.

Die Lohnabbauwelle ist noch nicht beendet und schon schwingen die Unternehmer neue soziale Brandfäden. Sowohl die Kohlenkönige wie auch die Eisenherren im westdeutschen Industriegebiet haben für Ende Mai die Manteltarife für 500 000 Arbeiter gekündigt. In dem gleichen Gebiet, wo die Lohnabbauwelle ihren Anfang nahm, machen sich demnach neue Anzeichen für eine Unternehmeroffensive bemerkbar. Gleichzeitig sind die Unternehmerverbände um eine „Reform“ der Unfallversicherung bemüht. Die Sanierung der Invaliden- und Arbeitslosenversicherung steht noch aus. Das ganze Gebäude der Sozialversicherung ist infolge der ungeheuren Belastungen durch die Wirtschaftskrise ins Wanken geraten. Der Ansturm der Unternehmer und der jetzige Regierungskurs erfordern daher größere Wachsamkeit und Aktivität.

Soweit der Ansturm der westdeutschen Unternehmer gegen den Manteltarif in Frage kommt, handelt es sich keineswegs um einen Zufall, sondern zweifellos um den Auftakt zu einer allgemeinen Offensive. Darauf deuten vor allem sämtliche Unternehmertagungen hin, die in letzter Zeit stattgefunden haben. So konnte man beispielsweise auf der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages die gleichen Lohn- und sozialpolitischen Unternehmerklagen hören, wie sie Generaldirektor Bögl in der Generalversammlung des Ruhrtrufes äußerte. Und die Ausführungen Quisbergs auf einer Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes unterscheiden sich sinngemäß in keiner Weise von den Gedankengängen, die kürzlich der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, A. Frowein, auf einer Unternehmertagung der weiterverarbeitenden Industrie äußerte. In jedem Falle wandte man sich gegen den schematischen Zwang des Tarifvertrages in Lohn- und Arbeitszeitfragen. Und in allen Fällen steht man die Möglichkeit einer weiteren Selbstkostensenkung nur in der Minderung der Arbeitskosten beziehungsweise in einer Erleichterung der sozialen Lasten. Verständlicherweise — denn jede Veränderung der übrigen Kostenfaktoren, von den Steuern abgesehen, geht zu Lasten der Unternehmer und schmälert die Gewinnspanne. Kurzum, die deutschen Unternehmer aller Schattierungen sind sich darin einig, daß die Lohnabbauaktion keineswegs genügt, sondern der reaktionäre Kurs fortgesetzt werden müsse. Anstatt sich geistig umzustellen und freiwillig einen Teil der Krisenopfer zu tragen, starren sie wie hypnotisiert auf die bedrohte Gewinnspanne und scheuen vor keinem Mittel, und sei es auch noch so unsozial, zurück.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Unternehmer auf diese Weise betreiben. Sie spielen leichtfertig mit dem Feuer, obwohl sie wissen müßten, daß sie auf einem gefährlichen Pulverfaß sitzen. Ihre völlig unverständliche Haltung ist geeignet, der Arbeiterschaft den letzten Rest von Glauben an die Vernunft zu rauben und den angehäuften sozialen Zündstoff zur Explosion zu bringen. Was wollen beispielsweise die westdeutschen Unternehmer mit ihrem Generalangriff auf die Manteltarife von 500 000 Arbeitern erreichen? Glauben sie tatsächlich, durch Verschlechterung der Bestimmungen über Urlaub, Sozialzulagen, Altkordarbeit usw. wesentliche materielle Vorteile zu erreichen? Das würde eine weitere Schmälerung der Existenzbasis der Arbeiterschaft bedeuten. Diese ist aber infolge der andauernden Kurzarbeit und der vorgenommenen Lohnsenkungen schon derart eingeengt, daß jede weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als ein soziales Verbrechen erscheint. Weber individuell noch sozial gesehen sind weitere Verschlechterungen für die Arbeiterschaft tragbar. Falls deshalb die Unternehmer ihre Zielsetzungen rücksichtslos durchzusetzen versuchen, müssen diese Auseinandersetzungen zu Sozialkämpfen führen, deren Verlauf und Ende unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht abzusehen sind. Eine konsequente Durchführung des jetzt eingeleiteten Unternehmerturmes muß mit einer sozialen Katastrophe enden.

Noch eine andere Deutung ist denkbar, und zwar die, daß die Unternehmer an einen Erfolg ihrer Aktion selbst nicht glauben. Daß sie vielmehr die ganze Kündigungsaktion nur als ein taktisches Manöver werten. Dieses Vorgehen ist nicht minder als verantwortungslos und gefährlich zu bezeichnen. Denn bei auch nur einem geringen Grad von Verantwortungsgefühl für ein geordnetes Volksleben müßten die Unternehmer wissen, daß die Arbeiterschaft keine weiteren seelischen Belastungsproben ertragen kann. Die wirtschaftlichen und sozialen Noterscheinungen haben schon ohnehin einen Grad von Gereiztheit und Verzweiflungstimmung geschaffen, daß es als höchst gewissenlos bezeichnet werden muß, den sozialen Brandherd durch derartige Nachschüssen zu überhitzen. Oder glauben die Unternehmer, die Arbeiterschaft auf diesem Wege seelisch zermürben zu können? Dieser Glaube wäre sicherlich der größte, aber auch der gefährlichste Irrglaube, den man unternehmerseits in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hegen kann.

Weniger willkürlich, aber nicht minder umstritten ist der Angriff auf die Sozialversicherung. Sie ist bekanntlich seit Jahren ein Kampfojekt der Unternehmer und ein ständiges Sorgenkind der Regierungs- und Finanzpolitik. Je schärfer sich die Krise

Nordmark mit 57,4%, in Brandenburg mit 61,7%, in Mitteldeutschland mit 62,6% und in Preußen mit 65% Arbeitlosen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Beginn des Jahres 1930 ist in nachstehender Uebersicht nachzulesen.

Monat	Es berichteten		Mitgliederzahl in den berichtenden Betrieben am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der Woche des Monats		Auf je 100 Vollmitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	170	166	57 043	58 977	26 956	36 133	55,7	77,8
Februar	171	172	59 031	56 468	29 168	36 890	58,3	76,3
März	169	161	58 098	55 058	22 185	31 926	45,5	67,9
April	170		57 321		17 272		36,0	
Mai	151		57 629		14 148		29,3	
Juni	153		56 720		15 255		31,2	
Juli	164		56 456		19 135		39,4	
August	159		56 736		20 830		42,5	
Septemb.	169		58 156		21 913		43,8	
Oktober	160		55 848		24 835		52,1	
November	166		57 348		30 524		62,2	
Dezember	169		56 858		35 519		73,2	

Wie in den folgenden Zahlen zum Ausdruck kommt, ist auch die Kurzarbeit zurückgegangen. Ende März arbeiteten noch verkürzt: 2195 männliche und 28 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, 329 männliche und 4 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, 390 männliche und 16 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und 68 männliche Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche. Insgesamt waren noch 3282 männliche = 7% und 48 weibliche = 30% oder 3330, das sind 7,1% der Gesamtmitgliedschaft, von Kurzarbeit betroffen. Das Gesamtergebnis besagt, daß genau ein Viertel der Gehilfenmitglieder als vollbeschäftigt zu betrachten ist.

Unsere zum gleichen Termin durchgeführte Konjunkturufrage zeigt die Lage des Malergewerbes wie folgt: Von 39 Filialen wurde über 122 Betriebe mit insgesamt 2159 Beschäftigten berichtet. Es entfallen also durchschnittlich 17,7 Beschäftigte auf jeden Betrieb, gegen 15,8 am Ende des Monats Februar und 15,7 am Ende des Monats Januar, während wir zu derselben Zeit des Vorjahres 28,2 beziehungsweise 24,3, 1929 sogar 31,2 und im Februar 1929 (eine Folge der damals ungewöhnlichen Kälte) 18,8 Beschäftigte ermittelt hatten. Der Beschäftigungsgrad wurde für 8 Betriebe oder 6,6% der Betriebe (gegen 0,7% am Ende des Vormonats) mit 354 Beschäftigten oder 16,4% (gegen 1,1%) mit gut, für 42 Betriebe oder 34,4% (gegen 21,2%) mit befriedigend und für 72 Betriebe oder 59% (gegen 78,1%) mit schlecht beurteilt. Die Verbesserung der Konjunktur findet besonders in der Steigerung der Bewertungsziffer um 26 Punkte auf 3,30 Ausdruck, ist aber, wie nachstehende Tabelle zeigt, immer noch wesentlich ungünstiger als im März des zurückliegenden Jahres.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	
1930 Januar	7,4	19,6	30,3	40,3	62,3	40,1	3,20
Februar	5,7	8,6	35,7	61,5	56,8	29,9	3,21
März	21,0	31,7	49,2	51,4	29,8	16,9	2,85
April	32,8	39,5	42,6	46,5	24,6	14,0	2,75
Mai	29,7	49,2	37,8	33,9	32,5	16,9	2,68
Juni	20,1	44,8	37,2	29,2	42,7	26,0	2,81
Juli	15,8	31,5	48,1	49,1	36,1	19,4	2,88
August	14,5	20,6	40,4	53,3	45,1	26,1	3,06
September	13,9	25,4	45,2	50,9	40,9	23,7	2,98
Oktober	10,3	18,9	27,9	43,2	61,8	37,9	3,18
November	6,0	20,9	22,0	40,5	72,0	38,6	3,18
Dezember	3,9	13,0	14,1	25,3	82,0	61,7	3,49
1931 Januar	2,2	7,3	11,9	17,2	85,9	75,5	3,68
Februar	0,7	1,1	21,2	41,8	78,1	57,1	3,56
März	6,6	16,4	34,4	37,7	59,0	45,9	3,30

Von den Beschäftigten sind 490 oder 22,7% der Beschäftigten überhaupt, noch in einem Lehrverhältnis. Sie verteilen sich auf 115 Betriebe, jedoch durchschnittlich in jedem Betrieb 4,3 Lehrlinge ausgebildet werden. Zugegeben, daß es sich bei den erfassten Betrieben meist um größere, vielleicht den größten Unternehmungen in unserm Gewerbe handelt, und es etwas gewagt erscheint, daraufhin zu verallgemeinern, soll doch gesagt werden, daß in der übermäßigen Lehrlingshaltung die Hauptursache der gewaltigen Arbeitslosigkeit in unserm Malergewerbe zu suchen sein dürfte. Es ist festzustellen, — und wir werden demnächst durch unwiderlegliche Zahlen nachweisen, — daß die Ausgelernten in der Regel sofort nach beendeter Lehrzeit entlassen und durch neuen Nachwuchs ersetzt werden. Was mit den jungen Leuten geschieht, die 3, 3½ oder 4 wertvolle Jugendjahre zur Erlernung eines Berufes aufgewandt haben, der ihnen die Möglichkeit vorhält, jetzt oder später den Lebensunterhalt sicherzustellen, kümmert die „auszubildenden“ Malermeister dann nicht mehr. — Als Zeichen beginnender Besserung der Konjunktur wurden im Laufe des Monats März von 57 Betrieben 606 Gehilfen neu eingestellt, von 24 Betrieben allerdings auch 106 Beschäftigte entlassen, was uns zu der vorweggenommenen Schlussfolgerung am Eingang dieser Würdigung veranlaßt.

Als Maßnahme gegen die verheerende Arbeitslosigkeit in in zahlreichen Betrieben die Wiedereinstellung der normalen Sommerarbeitszeit über den im Tarifvertrag vorgesehenen Termin hinausgeschoben. In einem Betrieb mit 10 Beschäftigten wurde Ende März noch 38 Stunden die Woche gearbeitet. Ein Betrieb mit 6 Beschäftigten arbeitet 29 Stunden, 16 Betriebe mit zusammen 448 Beschäftigten 20 Stunden, 21 Betriebe mit 367 Beschäftigten 12 Stunden, ein Betrieb mit 14 Beschäftigten 12½ Stunden

den und 14 Betriebe mit 245 Beschäftigten, deren normale Arbeitszeit mehr beträgt, arbeiten 45 Stunden die Woche. Das zeugt von weitgehendem sozialen Verständnis in diesen Betrieben, die damit ihr möglichstes tun, um langfristige Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen. Aus demselben Grunde und mit sichtbarem Erfolg ist in unserm sozialen Malereibetrieb in Nürnberg die 40-Stunden-beziehungswise 5-Tage-Woche eingeführt worden.

Da die Berichterstattung wieder nachzulassen beginnt, sehen wir uns veranlaßt, die säumigen Filialen wieder einmal auf diesem Wege zu mahnen. Die Arbeitslosenstatistikarte ist von folgenden Filialen nicht oder zu spät eingekandt worden: Wschaffenburg, Augsburg, Eberswalde, Eisenberg, Friedberg, Samborn, Herne, Hindenburg, Hirschberg, Ingolstadt, Kolberg, Köln, Lehr, Lindau, Mörs, Osnabrück, Pforzheim, Rathenow und Wittenberge. Soll die Bearbeitung bis zu dem uns gestellten Termin fertiggestellt sein, muß die Berichtskarte spätestens am 6. Tage des neuen Monats in unsern Händen sein.

### Der Weg zur Politik

Der Zusammenbruch des alten Obrigkeitsstaates und die revolutionäre Errichtung der demokratischen Republik haben — und das ist schon keine neue Erkenntnis mehr — der Arbeiterschaft nicht nur Entwicklungs- und Aufstiegs-hemmungen hinweggeräumt, sondern haben ihr auch mit Notwendigkeit einen Weg gewiesen, den sie praktisch auch gegangen ist — ohne daß sie sich durchweg der Besonderheit dieses Weges und der Konsequenzen, die sich daraus ergeben, bewußt wäre: den Weg zur Politik.

Der Gewerkschafter der Nachkriegszeit kann sich beim Durchblättern der Zeugnisse der Geschichte seines Verbandes (Jahresberichte, Protokolle, Jahrgänge des Verbandsorgans und beim Anhören von aus dem Verbandsleben der Vorkriegszeit erzählenden Kollegen des Gefühls des Staunens und der Ehrfurcht nicht erwehren. Man bedenke: Fast die gesamte Tätigkeit des Verbandes bestand in Kämpfen, die — sei es in der Abwehr, sei es im Angriff — nichts anderes als nur die Arbeits- und Lebensweise erstrebten und gewährten, die man als elementare Voraussetzung der Menschenwürde betrachten muß — in Kämpfen, die ihm aufgewungen wurden von einer Sozial- und Wirtschaftsordnung, auf deren Gestaltung er selbst ohne Einfluß war. Er führt diese Kämpfe freilich heute noch, und es hieße durch eine gefährliche Illusion leben, wollte man behaupten, daß diese Art Kämpfe heute dem Verbands erspart wären. Freilich: solche mittelalterlichen Zustände wie das Kost- und Logiswesen der Gehilfen (!) gibt es heute nicht mehr in erster Linie zu bekämpfen; aber der Arbeitslohn ist noch heute hart umkämpft und in der Arbeitszeit haben wir noch keine Regelung, die der Produktivität der Arbeit entsprechende Verfürgung um 1 bis 3 Stunden gebracht. — Der gewaltige Wandel liegt in anderer Richtung.

Es widerspricht der Würde des Menschen, daß er nur Objekt und nicht auch Subjekt der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung sei, in der er lebt und wirkt. Das heißt er muß und will Politik treiben — Politik in dem ursprünglichen Sinne zielstrebigster Gestaltung des öffentlichen Lebens und seiner Ordnung. Und je fortgeschrittener in der Kultur, um so weniger ist er gewillt, darauf zu verzichten. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist dafür ein beweiskräftiges Beispiel. Es konnte nur einem Wilhelm II. einfallen, sich wunder was darauf einzubilden, daß er jedem deutschen Arbeiter „sein Huhn im Topfe“ versprach.

Selbst wenn alle sonstigen Voraussetzungen vorhanden sind, die diese Möglichkeit der Gestaltung des öffentlichen Lebens dem einzelnen Arbeiter gewähren, so wäre doch der Erfolg in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auf Grund ihrer undemokratischen Struktur gleich Null. Er muß sich dazu organisieren; und die gegebenen Organisationen, deren er sich zu diesem Zweck bedienen kann, sind die politische Partei und die Gewerkschaften. Erstere hat auf die politische Grundentscheidung des Staates nach außen — also Krieg und Frieden, Handelspolitik — und nach innen — Gesetzgebung — einzuwirken; die Gewerkschaften haben die sozialen und wirtschaftlichen Formen in denen das Leben des Volkes sich abspielt, mitzugestalten.

War es diesen beiden Organisationen vor der Umwälzung möglich, in diesem Sinne Politik zu treiben? — Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Bei der Partei war das offensichtlich: Wie sollte sie bei Bestehen des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und bei der parlamentarischen Unverantwortlichkeit der Regierung im Reich das können? Ihre wesentliche Aufgabe war so, die Stimme der öffentlichen Meinung zu sein (Budgetkritik) und die Arbeiterschaft zu sammeln und zu schulen. Daß so indirekt die Politik beeinflusst wurde, ist nicht zu bestreiten; aber positive Gestaltung konnte das nicht sein. — Das gleiche galt für die Gewerkschaften: Wie soll das soziale und wirtschaftliche Leben positiv gestaltet werden, wenn die Gewerkschaften selbst um ihre eigene Existenz hart zu ringen haben — denn der Staat hat nur in der Schärfe seiner Feindlichkeit gegenüber den Koalitionen geschwankt, nicht aber im Prinzip — und wenn Kämpfe um die elementarsten Menschenrechte die Kräfte verzehren? — und wie sollen Gesellschaft und Wirtschaft positiv von Menschen gestaltet werden, die sich in Kost und Logis beim Arbeitgeber befinden? — Ein Ansatz war im Tarifwesen gegeben; aber dem fehlte, um das Bild der Wirtschaftsverfassung wesentlich zu ändern, die Sanktion der höchsten öffentlichen Gewalt, des Staates. — So blieb es der Arbeiterschaft versagt, die politische Jugend, die nach Natur die schönste der Tugenden ist, zu üben; dazu ließ es der Klassenstaat nicht kommen.

So sparte denn die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Wehrzahl den höchsten Trieb des Menschen, zu gestalten, für die Zukunft auf. Die Revolution, die als einmaliger blutiger Akt verstanden wurde, sollte ihr nicht nur die

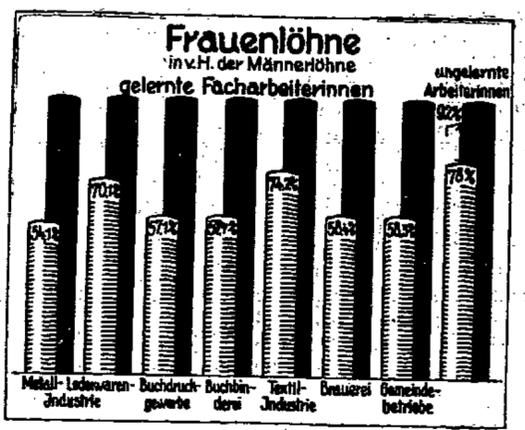
ihre Kraft und Fähigkeit entsprechende Beteiligung, sondern die alleinige Gestaltung der öffentlichen Ordnung bringen. Daneben aber gab es noch Strömungen, besonders in den freien Gewerkschaften, auch unter den denkbar ungünstigsten Umständen auf die positive Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft nicht zu verzichten; — ein Beweis, wie stark der politische Trieb bei kulturell gehobenen Arbeitern ist. Daß diese Strömungen nicht die Oberhand gewannen, dafür sorgten die Machthaber im Staate. — Und das ist es, was den Verfasser oben sagen ließ, daß er diesem Kampfe gegenüber Staunen und Ehrfurcht empfinde: unermüdetlich zu kämpfen in dem Bewußtsein, einen Sisyphuskampf zu führen, heute und morgen, an allen, auch den kleinsten Orten — zu kämpfen gegen unzählige Gegner und Feinde: die Arbeitgeber, den Staat, die öffentliche Meinung, die Indifferenz — immer wieder ohne zu verzagen. Eine ganze Generation ist dabei alt geworden, viele Funktionäre haben darin ihren Lebensinhalt erschöpft und viele haben ein Ende dieses Zustandes nicht mehr sehen dürfen.

### II.

Der Weg zur Politik ist seit 1918 frei — und die Gewerkschaften sind ihm, wir sagten es schon, gegangen. (Die Linie der Parteipolitik verfolgen wir hier nicht weiter; deren Probleme zu beschreiben kann nicht Aufgabe einer gewerkschaftlichen Zeitschrift sein.) Sie haben die Bestimmung der Verfassung von Weimar: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt... an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“ nicht nur auf dem Papier stehen lassen. Wir brauchen hier nicht weit und breit zu schildern, wie sie heute Organe der Selbstverwaltung im Staate sind; das heißt, daß der Staat verzichtet, auf den betreffenden Gebieten zu dekretieren und seine Beamten wälten zu lassen, sondern den Arbeitgebern und Arbeitnehmern es überläßt, das Gebiet frei zu gestalten. Kann man so heute von Wirtschaft- und Sozialpolitik der Gewerkschaften sprechen, so erhielten sie damit nur Chancen, die vor der Revolution die Arbeitgeber allein hatten. Mangels paritätischer Befehung, das heißt gleichberechtigte Zulassung der Arbeitnehmer, betrieben die Industrie- und Handelskammern in den Industrie- und Handelskammern nicht Industrie- und Handelspolitik, sondern Industrie- und Handelsherrenpolitik, die Handwerksmeister in den Handwerkskammern und Innungen nicht Handwerkspolitik, sondern Handwerksmeisterpolitik, desgleichen die Agrarier in den Landwirtschaftskammern — und sie tun es noch heute, da in diesen Selbstverwaltungskörpern der Grundgedanke der Parität noch nicht verwirklicht ist (was nicht ausschließt, daß die Interessen der Arbeitgeber mit denen des Gewerbes in manchen Zusammenhängen); sie sind nicht befugt, im Namen des ganzen Gewerbebezuges zu sprechen, denn dazu gehören auch die Arbeitnehmer.

Weiter hat aber auch der Tarifgedanke eine Förderung erfahren, daß Einzelkämpfer hier von Vertragsautonomie spricht, im Gegensatz zur oben behandelten Selbstverwaltung, die der Verbandsautonomie nennt. (Grundzüge des Arbeitsrechts, Fischer, Jena.) Im Reichswirtschaftsrat und in Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, wie Reichs- und Reichskohlenrat, beginnt die Arbeiterschaft gar Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zu bekommen.

Rein Wunder, daß die allem puren Opportunismus abholde deutsche Arbeiterschaft, in ihrem Kern repräsentiert durch die Freien Gewerkschaften, nach Orientierungsgrundsätzen suchte und sie fand im Programm der „Wirtschaftsdemokratie“. Ein Programm, das — nebenbei sei das bemerkt — auch geeignet ist, diejenigen aufzurichten, die enttäuscht wurden durch das Versagen der Sozialisierung nach der Revolution (deshalb natürlich kein „Sozialisierungserlass“). Von der Wirklichkeit gebieterisch gefordert, andererseits geschaffen, um die Wirklichkeit nach dem realpolitisch geschulten planenden Willen des Menschen zu zwingen, erfüllt es einen wesentlichen Grundgedanken des Lebenswertes von Karl Marx neu: Einheit von Theorie und Praxis. (Schluß folgt.)



Die Höhe der Frauenlöhne in Deutschland. Eine Folge der Rationalisierung war es, daß durch Einführung der Maschine immer mehr unqualifizierte Arbeitskräfte im Produktionsprozeß Verwendung finden konnten. In vielen Fabriken sind heute nur noch der dritte Teil der gelernten Facharbeiter beschäftigt wie vor fünf Jahren. An den Maschinen, die vielfach a. B. in der Metallindustrie den Schraubstock und die Drehbänke ersetzen, werden nur noch die Hälfte Frauen beschäftigt, die durch schnittlich nur zwei Drittel der Löhne der männlichen Facharbeiter erhalten. Dadurch wird der Produktionsprozeß nicht unbedeutend verbilligt. Soll nun aber kein Kaufkraftausfall die Lage der deutschen Volkswirtschaft erschweren, so ist auch eine entsprechende Senkung der Warenpreise notwendig. Es ist mit einer Urkraft der Weltwirtschaftskrise, daß diese Senkung der Fertigwarenpreise so lange auf sich warten ließ.

# AUS UNSEM VERBANDSLEBEN

## Ausschreibung der Hamburger Malerlehrlinge

Am 25. März dieses Jahres fand in Hamburg die Ausschreibung der Lehrlinge statt. Diese Handlung wird seit einigen Jahren von der Hamburger Maler- und Lackierer-Innung mit besonderer Feierlichkeit vorgenommen. Bei der diesmaligen Ausschreibung waren zirka 200 junge Kollegen erschienen, zu einem geringen Teil waren auch die Lehrmeister anwesend.

Neben einigen Herren vom Vorstand der Innung waren vom Gehilfenausschuß die Kollegen D a h l i n g e r und S o n n vertreten.

Nach einem Musikvortrag hielt Obermeister F e n s c h eine längere Ansprache, worauf dann die Verteilung der Stellenbriefe erfolgte. Daß bei dieser Gelegenheit manche Hoffnung der jungen Kollegen in bezug auf die Zertifizierung der Gehilfenprüfung zerstört wurde, konnte man deutlich beobachten.

Nachdem aber die Ausgelernten offiziell Gehilfen geworden waren, bekam Kollege S o n n wie in früheren Jahren die Gelegenheit, sich in einer kurzen Ansprache an die neu hinzugekommenen Gehilfen zu wenden. Er führte etwa folgendes aus:

Als Altgefelle des Gehilfenausschusses ist mir die angenehme Aufgabe geworden, Sie namens der Gehilfenschaft, als unsere jüngsten Kollegen zu begrüßen. Sie haben Ihre Lehrzeit beendet und sind damit in den Gehilfenstand eingetreten. Das ist von großer Bedeutung, denn ein bedeutender Wendepunkt ist in Ihrem Leben eingetreten.

Und dieser Wendepunkt, der von allen, die einst das Handwerk lernten, mit freudigen Gefühlen begrüßt worden ist, fällt bei Ihnen in die schwerste aller Zeiten, die das Malergewerbe je erlebt hat; in eine Zeit voller Wirrnisse, Arbeitslosigkeit, Not und Bedrückung. Sie selber haben das bereits empfunden, wie es ja deutlich auf Ihrer Berufsschulentlassungsfeier vor einigen Tagen zum Ausdruck kam. Diese abnormen Zeitverhältnisse werden ja über kurz oder lang wieder vorübergehen.

Aber unser schönes Maler- und Lackierergewerbe, das von Natur so interessant ist, und das in früheren Zeiten seinen Mann auch gut ernährte, ist heute leider nicht mehr das, was es früher war. Unser Handwerk bewegt sich zur Zeit auf absteigender Linie, und es bedarf aller Anstrengungen der Meisterorganisationen und auch der Gehilfenorganisationen, den Abstieg aufzuhalten. Und darum ist für Sie, junge Kollegen, der heutige Tag von besonderer Bedeutung, denn mit dem Eintritt in den Gehilfenstand übernehmen auch Sie die Pflicht, die jeder anständiger Maler als selbstverständlich ansieht, die Pflicht, mit seinem ganzen Können und Wissen an dem Wiederaufstieg des Malergewerbes mitzuarbeiten. Bedenken Sie, wer te Kollegen, welche Puschereien heute, auch in Hamburg, teilweise das Malergewerbe liefert. Ist es nicht eine Schande, wenn man sieht, welch ein Knuff gemacht wird? Ist es nicht tief bedauerlich, wenn man sehen muß, welch unfachgemäße Arbeiten der Kundschaft, die ja meistens Laien sind, und nur den niedrigen Preis loben, geliefert werden?

Es muß unsere gemeinsame Arbeit sein, diesen Abstieg des Malerhandwerks aufzuhalten. Wir müssen wieder gute Arbeiten für anständige Bezahlung leisten, das liegt in unser aller Interesse. Sie, junge Kollegen, wollen noch ein langes Leben hindurch geistige Befriedigung und ein gutes Auskommen im Maler- und Lackierergewerbe finden, entziehen Sie sich daher nicht der Pflicht, immer und unausgesetzt daran mitzuarbeiten, daß unser Beruf die allgemeine Achtung wieder erlangt, die ihm früher in so reichlichem Maße zuteil wurde. Dazu ist notwendig, daß Sie an sich selbst immer und immerfort arbeiten. Es fällt kein Meister vom Himmel, und lernen müssen wir, solange wir leben. Bemühen Sie sich, den Beruf ganz zu erlernen, werden Sie kein Puschler. Nur wer etwas Vollkommenes leisten kann, kann auch mit Erfolg an der Erneuerung unseres Berufes mitarbeiten. Auf die junge Generation fest unser Gewerbe seine Hoffnung.

Aber nicht nur Pflichten bringt Ihnen der heutige Tag, sondern auch Rechte. Rechte, die Sie vor allem als Gehilfe wahrzunehmen haben. Nicht nur die Meisterschaft, sondern auch die Gehilfenschaft will ein anständiges Auskommen im Beruf finden. Ueber die Berechtigung dieses Punktes sind sich beide Parteien, vertreten durch ihre Organisationen, einig. Sie, wer te Kollegen, haben von nun an mitzureden über diese und manche andere Dinge, die das Berufsleben betreffen. O, vergessen Sie bitte das Mitreden nicht! Aber es hat nur Zweck, wenn Sie sich der Gehilfenorganisation anschließen. Die Meisterorganisation und die Gehilfenorganisation haben, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, schon seit langem eine Tarifgemeinschaft geschlossen. Auch diese Tarifgemeinschaft verfolgt den Zweck, an dem Aufbau des Maler- und Lackierergewerbes zu wirken. Beide Organisationen haben vor einigen Jahren den Satz niedergeschrieben: „Es ist die Pflicht eines jeden Meisters und eines jeden Gehilfen, sich seiner Organisation anzuschließen.“ Befolgen auch Sie diese Mahnung. Organisation heißt in der heutigen Zeit das Stichwort. Ob Meisterschaft oder Gehilfenschaft, ohne Organisation gibt es keinen Fortschritt. Deshalb bitte ich Sie, laufen Sie nicht allein für sich in der Welt herum, sondern schließen Sie sich dem Ganzen an. Und wenn in späteren Jahren dieser oder jener von Ihnen Meister geworden ist, dann mag für ihn immer noch das gleiche gelten.

Und nun, wer te Kollegen, wollen wir einträchtig neben- und miteinander arbeiten. Unser Wille und unsere

Kraft, für das Wohl des gesamten Gewerbes zu streben, wird zur Zeit durch die große Arbeitslosigkeit gehemmt; aber vergessen wollen wir es nicht, und ermutigen lassen wir uns auch nicht. Niemals wollen wir dem Pessimismus Raum geben, denn auf diesem Mist ist noch nie etwas Ordentliches gewachsen. Laßt uns immer unsern Optimismus bewahren, denn von diesem hängt jeder Fortschritt ab. In diesem Sinne begrüßen wir Sie, junge Kollegen, in unserer Mitte und zur gemeinsamen Arbeit!

## Anstreicherlehrling mit Reisezeugnis

Das Bestreben des Handwerks geht allgemein dahin, sich einen guten, geistig und körperlich hochstehenden Nachwuchs zu sichern. Dagegen ist auch von unserm Standpunkt nichts einzuwenden. Auch wir verlangen, daß nur die als Lehrlinge im Malergewerbe aufgenommen werden sollen, die sich durch eine Eignungsprüfung als qualifiziert erweisen. Allmählich nimmt aber die Auslese Formen an, gegen die wir uns entschieden wenden müssen. Halten wir es schon für falsch, wenn die Innungen beschließen, daß unter allen Umständen nur Schüler, die die erste Volksschulklasse absolviert haben, eingestellt werden sollen, so ist es ein Anflug, zu verlangen, daß der Malerbezugsweise Anstreicherlehrling das Reisezeugnis besitzen muß. Ob man wirklich schon zu der Ansicht gekommen ist, nur noch mit akademisch gebildeten Malern

## Kollege!

# AUCH DU

mußt einen Unorganisierten dem Verband zuführen!

Tue Deine Pflicht!

den goldenen Boden des Handwerks wiederfinden zu können? Daß der Anstreicherlehrling mit „Reisezeugnis“ nicht nur Ausdruck einer Phantasie ist, geht aus folgender Notiz hervor, die wir im „Hamburger Anzeiger“ Nr. 76 vom 28. März fanden:

### Anstreicherlehrling mit Reisezeugnis.

Es ist kein Aprilscherz, sondern ein leider, leider sehr ernst gemeintes Inserat, das sich dieser Tage in einer Zeitung im Bergischen Lande fand und in lakonischer Kürze lautete:

Anstreicherlehrling mit Reisezeugnis gesucht. Angebote unter . . . usw.

Der Meister, der diesen humanistisch gebildeten Lehrling sucht, hat sicher nicht viel humanistische Bildung; er hätte sie auch nicht, wenn er die Reiseprüfungen aller höheren Lehranstalten nicht nur des Bergischen Landes, sondern ganz Preußens mit Auszeichnung bestanden hätte. Er hätte sie nicht, weil er kein Gefühl dafür hat, wie er mit seinem Inserat nicht nur das Bildungsideal der höheren Lehranstalt verkennt, sondern auch die Ehre und die Grundlage seines eigenen Handwerksstandes verrät. Denn solche absurde Forderungen, daß ein Anstreicherlehrling Cicero und Demosthenes studiert haben müsse, entsprechen im wesentlichen Minderwertigkeitskomplexen, sie sind ein Beweis dafür, daß man selbst nicht mehr die innere Achtung und den inneren Stolz vor seinem Beruf aufbringt, daß man auf seine Sanktionierung durch einen äußerlichen Stempel erpicht ist, weil man ihm nicht mehr die innere Wertgewichtigkeit und Wertbeständigkeit zuerkennt.

Das ist die Mißachtung vor der stolzen Tradition des Handwerks, ist Respektlosigkeit vor den eigenen Leistungen, ist Unterschätzung des beruflichen Könnens und des persönlichen Künstlertums, die das Wesen des Handwerks bestimmen. Das Handwerk sollte es sich einmal überlegen, ob es wirklich notwendig hat, sich selbst solche Mißtrauensvoten auszustellen. Und dann sollte es sich zusammensetzen mit dem andern Volke, von dem es nur ein Teil, vielleicht kein bester ist, und sich fragen, wohin es führen muß, wenn jeder junge Mensch, der lernen will, wie man Wände weißt, das Reisezeugnis vorweisen muß. Wenn man eine ganze junge Generation buchstäblich in die höhere Schule treibt, ihr die Jahre stiehlt, sie in vielen Fällen in ein Bildungsproletariat hinabstößt, in dem sie sich Zeit ihres Lebens unglücklich fühlen wird oder sie besten Falles einmal auf die Schufterböcke und auf die Baugerüste steigen läßt, wo sie sich verzweifelt fragt, wozu sie sich mit den Verben auf my hat abplagen müssen, um heute einen Schuh zu fohlen oder eine Wand zu üchen!

Es ist kaum notwendig, dem noch etwas hinzuzufügen, nur scheint uns die wirtschaftliche Seite dieser

Frage noch nicht genügend betont zu sein. Wenn die Eltern für den Jungen so viel Geld opfern und ihn bis zur Erlangung des Reisezeugnisses in die Schule schicken, werden sie in den meisten Fällen kaum bereit sein, ihn ein Handwerk erlernen zu lassen, in dem er später, wenn es gut geht, vielleicht gerade in jedem Jahre so lange Arbeit hat, um nachher wieder 26 Wochen stempeln gehen zu können. Damit muß aber für absehbare Zeit jeder im Maler- und Lackierergewerbe Beschäftigte rechnen.

## Filiale Wiesbaden 1930

Die Filiale Wiesbaden und Umgebung hielt am 22. März im Volkshaus zu Wiesbaden ihre Jahresgeneralversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen S ö h n aus der Zahlstelle Dohheim in der üblichen Weise geehrt. Gleichzeitig erinnerte der Vorsitzende, Kollege S o l l, daran, daß seit der Gründung der Filiale Wiesbaden bereits 34 Jahre verstrichen sind, und brachte zum Ausdruck, daß eine jüngere Kraft auf seinen Posten gestellt werden möge. Darauf erstattete der Geschäftsführer, Kollege S c h m a l l e, den Rassen- und Geschäftsbericht. Die in zusammengebrängter Form wiedergegebenen Ergebnisse des Jahres 1930 ließen eine reiche Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete erkennen. Ganz besonders wurde das hervorgehoben, von dem die Außenstehenden wenig oder gar nichts erfahren. Bei der Erneuerung des Reichstarifvertrages konnten verschiedene Verbesserungen erreicht werden, so in der Lehrlings- und Urlaubsfrage und in einigen andern Paragraphen. Das Lohnabkommen wurde auf ein Jahr verlängert. Hartnäckig war der Abwehrkampf, der geführt werden mußte, um die Verschlechterung in der Sozialversicherung (Arbeitslosen- und Krankenversicherung) den Arbeitgebern gegenüber abzuwehren.

Die schlechte Beschäftigungsmöglichkeit im Maler- und Sünnergewerbe verursachte außerordentliche Schwierigkeiten in bezug auf die Ueberwachung und Durchführung des Reichstarifvertrages. Die von den Arbeitgebern abgegebenen Preisangebote bei öffentlichen Submissionen verrieten im voraus schon, daß die Preise aufgebaut waren auf Bezahlung niedrigerer Löhne und Lieferung von schlechten Arbeiten, daher auch Unterschiede zwischen dem Höchst- und niedrigsten Angebot bis über 200%. Die Folge dieses Zustandes war, daß verschiedene Lohnstreitigkeiten vor dem Ortsarbitrat und vor dem Arbeitsgericht ausgetragen werden mußten.

Durch 16 Klagen am Arbeitsgericht wurden insgesamt 1366,80 M für die Kollegen herausgeholt. Außerdem wurde eine hiesige Firma von dem Ortsarbitrat mit 350 M bestraft. In 10 Klagen des Rheingaus mußte eine Firma 427,2 M durch unser Eingreifen nachzahlen. Ebenfalls gelang es uns durch Schriftwechsel und persönliches Verhandeln für einen Kollegen aus Wiesbaden den nennenswerten Betrag von 649,34 M einzuziehen. Ohne Zweifel steht fest, daß durch Eingreifen der gewerkschaftlichen Organisation eine Summe von 2794,86 M für Angehörige unseres Verbandes in Form von Lohnzahlungen gerettet wurde.

Dem Bauarbeiterschuss, der einen wichtigen Bestandteil des Reichstarifvertrages darstellt, muß in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden als bisher, denn aus der Statistik unseres Baukontrolleurs geht einwandfrei hervor, daß im Jahre 1930 51 Unfälle im Maler- und Sünnergewerbe zu verzeichnen sind, 1 Fall davon mit tödlichem Ausgang (Bahnhofshalle).

In Verbindung mit den Jugendleitern wurde ein Lehrplan zusammengestellt, in dem in der Hauptsache das Gebiet der Dekorationsmalerei Berücksichtigung fand. Auch fehlte es nicht an belehrenden Vorträgen durch akademische Kräfte.

Die schlechte Wirtschaftslage übertrug sich gleichfalls auf die Lehrverhältnisse. Viele Arbeitgeber suchten sich über die schlechte Zeit hinwegzuhelfen, indem das Lehrverhältnis einfach gelöst wurde. Man scheute sich nicht, von der niedrigen Erziehungsbeihilfe noch Abzüge unberechtigter Art zu machen. Schäden, die unbeabsichtigterweise durch Lehrlinge entstanden sind, wurden diesen ebenfalls von ihrem geringen wöchentlichen Verdienst abgezogen. Eine Handlung, die jeder gesetzlichen Unterlage entbehrt, das soziale Empfinden der Herren Lehrmeister aber in eigenartigem Lichte erscheinen läßt.

Die weiteren Ausführungen des Redners legten Zeugnis ab, daß die inneren sowie die Rassenverhältnisse des Verbandes absolut gesund sind.

Im Brennpunkt der nun folgenden Diskussion stand der Ausschluß des früheren Mitgliedes Bach aus Dohheim. Durch Annahme einer Resolution gegen 2 Stimmen wurde der Ausschluß gutgeheißen. Die anwesenden Delegierten vertraten 1357 Kollegen. 8 Zahlstellen waren nicht vertreten. Die vortrefflichen Ausführungen des Bezirksleiters, Kollegen U t h, wirkten auf die Anhänger der A.G.D. wie eine Bombe. Mit wenigen Worten riß er den Befürwortern der A.G.D. und den Anhängern der Kommunistischen Partei die heuchlerische Maske vom Gesicht. An Hand von Beispielen bewies er, daß durch die Zersplitterung der Gewerkschaften einzig und allein das Unternehmertum Vorteil hat.

Nachdem die Vorstandswahlen erledigt waren, wurden die anwesenden Delegierten auf die ausgesetzten Arbeiten der Lehrlingsabteilung aufmerksam gemacht, die allgemeine Befriedigung auslösten. Kurz nach 2 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

**Werft die geleierten „Maler“ nicht fort!  
Gebt sie den Unorganisierten!**

